

größten Erdölförderungen in Deutschland mit kumuliert mehr als 1,5 Millionen Tonnen (Stand 2019, Quelle: Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Niedersachsen).

Wie passt ein solches, auf mindestens 30 bis 40 Jahre angelegtes Projekt der Ausbeutung fossiler Energieträger in die heutige Zeit der angeblichen Energiewende? Gerade im Fall von Otterstadt werden zudem die berechtigten Belange des Schutzes von Mensch, Natur und Umwelt in besonders eklatanter Weise mit den Füßen getreten. Die Landesregierung hat weder dazu, noch zu der Problematik des Klimawandels – leider auch auf mehrfache Nachfragen der Interessengemeinschaft IG Kein Öl Otterstadt – noch keine überzeugende Antwort gegeben. Auch fragt man sich, warum diese Kommunikation gerade jetzt stattfindet, kurz vor den Wahlen in Rheinland-Pfalz. Soll die Öffentlichkeit vielleicht eingestimmt werden, bevor ein etwaiger Wachwechsel im Wirtschaftsministerium stattfindet? Wer auf reale Fakten, auf Transparenz und Ehrlichkeit aus Mainz hofft, kann lange warten.

Erika Hettich, Otterstadt, Mitglied der IG „Kein Öl in Otterstadt“

Anmerkung der Redaktion: Das Landesamt für Geologie und Bergbau hat auf RHEINPFALZ-Anfrage informiert.

ERDÖLFÖRDERUNG

„Alternative Fakten vom Landesamt“

Zum Artikel „Landesamt wird Erdölsuche genehmigen“ in der Ausgabe vom 3. Februar: 16.02.2021

Schon die Überschrift hat ein Gschmäckle: Aus Erdöl-Erkundungsbohrung wird „Erdöl-Suche“ und „wird genehmigen“ impliziert, dass alles schon in trockenen Tüchern ist. Nur um weiter unten zu lesen, dass das Konsortium noch einmal angehört werden muss und dass der Amtsleiter des Landesamts für Geologie und Bergbau (LGB) Professor Wieber „davon ausgeht, dass das Verfahren ... abgeschlossen werden kann“. Wann, weiß er nicht. Ja, was denn jetzt? Aber es geht weiter mit den alternativen Fakten. Mit Verwunderung stellt man fest, dass Wieber „betonte, dass es sich bei der Erdölsuche nur um einen zeitlich befristeten Eingriff handele, um zu ergründen, ob der Rohstoff wirklich im Boden vorhanden sei. Für eine Förderung seien weitere Genehmigungen erforderlich“.

Das LGB wird offensichtlich auch nach Jahren nicht müde, diese beschwichtigende, irreführende Aussage gebetsmühlenartig zu wiederholen. Hier wird dem Leser und der Öffentlichkeit vorgegaukelt, dass ein kleinerer, unbedeutender und zeitlich eng befristeter Eingriff stattfinde. Zudem wird hier eine Ergebnisoffenheit suggeriert, welche noch nicht zwangsläufig eine dauerhafte Erdölförderung mit sich bringe. Tatsache ist, dass in Speyer seit 2008 vom gleichen Konsortium auf Basis der nun auch für Otterstadt in den nächsten Wochen zu erwartenden Genehmigungen ununterbrochen und auch in großen Mengen Erdöl gefördert wird. Es handelt sich dabei um eine der



Mineralölraffinerie: Die Förderung und Verwendung des hier verarbeiteten Produkts sorgen für Debatten. FOTO: DPA